

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015  
Rede des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann

### **Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war schon ein ziemlich starker Auftakt zu eurem 4. Bundeskongress. Das war nicht nur musikalisch klasse, das war auch politisch klasse. Daher freue ich mich, euch im Namen des DGB-Bundesvorstands die solidarischen Grüße zur Eröffnung eures 4. Bundeskongresses zu übermitteln.

Es ist schon gesagt worden: Im nächsten Jahr werdet ihr 15-jähriges Bestehen feiern. Der DGB hatte letztes Jahr seinen 65. Geburtstag gefeiert. Lasst mich daher kurz zurückblicken.

Seit 1949 schreiben die DGB-Gewerkschaften eine Erfolgsgeschichte. Dazu nur einige Stichworte: Einführung der Fünf-Tage-Woche, Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Verlängerung des Jahresurlaubs, Lohnfortsatz im Krankheitsfall, Einführung der umlagefinanzierten Rente oder aber auch Betriebsverfassung, Personalvertretungsgesetze, Montan-Mitbestimmung, das Mitbestimmungsgesetz von 1974. - Wir haben einiges erreicht. Darauf, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten, können wir zu Recht stolz sein. (Beifall)

Wir haben aber auch in den Achtziger-, in den Neunzigerjahren Durststrecken erlebt und es uns auch selbst nicht immer nur einfach gemacht. Dennoch konnten wir durchaus unsere Erfolgsbilanz bis heute fortschreiben. Das wurde schon bei der Eröffnung deutlich.

Dies gilt natürlich insbesondere für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, für den wir uns letztlich zehn Jahre lang erfolgreich gemeinsam eingesetzt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und es ist ein erster Durchbruch bei der Eindämmung des Niedriglohnssektors in diesem Land, der nach wie vor mit 22 Prozent viel zu groß ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die Bundeskanzlerin hat es angesprochen: Aus internationaler Perspektive hat uns die Krisenerfahrung der Jahre 2007, 2008 und folgende gezeigt, dass wir im deutschen System der industriellen Beziehungen, in der Sozialpartnerschaft einiges erreicht haben. Das wäre allerdings ohne starke Gewerkschaften nicht möglich gewesen. Ohne starke Gewerkschaften gerade in den Krisenjahren wäre die Wirtschaft tiefer in die Krise geraten, und ohne uns wären die Arbeitslosenzahlen deutlich höher gewesen. Genau das sollten wir selbstbewusst auf unsere Fahnen schreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich sage aber auch: All dies ist uns nur gelungen, weil wir vor 70 Jahren die Idee der Einheitsgewerkschaft auf deutschem Boden verwirklicht haben. Weimar und die Katastrophen des 20. Jahrhunderts haben uns gelehrt, wie wichtig es war, die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung zu überwinden. Wir wissen aber auch, dass wir uns auf unseren Erfolgen keineswegs ausruhen können. Wir müssen ständig daran arbeiten, die Einheit zu erhalten. Das Modell der Einheitsgewerkschaft bedarf einer ständigen Neujustierung. Ohne diese Erneuerungsfähigkeit werden wir mit den rasanten Umbrüchen in unserer Arbeitswelt und der zunehmenden Verflüssigung von Branchenstrukturen, die wir heute erleben, nicht Schritt halten können. Das wisst ihr von ver.di selbst am besten.

Als ihr ver.di gegründet habt, war dies doch nicht anderes als die organisationspolitische Antwort auf strukturelle Veränderungen. Damals war die Trennung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen durch weitreichende Privatisierung immer unschärfer geworden.



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015  
Rede des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann

Nicht zuletzt habt ihr deshalb eine Neujustierung gewollt und realisiert, und das, was nach 1949 noch nicht gelungen war - die Deutsche Angestelltengewerkschaft gehört mit zu den Gründungsorganisationen von ver.di -, das ist auch ein Beitrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, die die Einheitsgewerkschaft ein gutes Stück vorangebracht hat. (Beifall)

Wo stehen wir heute? - Über lange Jahre haben wir erleben müssen, wie die Tariflandschaft immer weiter erodierte.

Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, müssten wir den Grundsatz „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ wieder stärker zur Geltung bringen. So weit sind wir uns unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbunds alle einig.

Wir stimmen auch darin überein, dass wir Eingriffe in das Streikrecht ablehnen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Wir werden auch auf keinen Fall zulassen, dass sich diejenigen durchsetzen, die seit Monaten Zwangsschlichtungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge fordern, an vorderster Stelle der Parteivorstand der CSU. Das werden wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschlossen abwehren, und zwar alle acht Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds mit vereinten Kräften. (Beifall)

Mindestens genauso gefordert aber sind die Arbeitgeber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die täglich Tariffucht begehen und sich somit ihrer sozialen Verantwortung systematisch entziehen. Es muss endlich Schluss sein mit der gezielten Unterwanderung von Tarifbindung, wie sie mit den OT-Mitgliedschaften in viel zu vielen Arbeitgeberverbänden in den letzten Jahren betrieben wird. (Beifall)

Was für die Privatwirtschaft gilt, muss auch für den öffentlichen Dienst gelten. Deshalb finde ich es ein Unding, wenn im Fall Hessen die Flucht aus der Tarifbindung seit 2004 offizielle Politik der Landesregierung ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich halte es schon für einen Skandal, wenn der hessische Ministerpräsident bis heute keinerlei Bereitschaft erkennen lässt, daran etwas zu ändern. Ich fordere daher die hessische Landesregierung auf: Treten Sie endlich der Tarifgemeinschaft der Länder wieder bei. Auch das wäre ein Beitrag zur Stärkung der Tarifeinheit, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Gerade bei euch, bei ver.di, zeigt sich Tag für Tag, wie brachial Unternehmen inzwischen vorgehen, um die Tarifeinheit, um die Tarifbindung auszuhebeln. Da gründet die Deutsche Post einfach mal so ein Unternehmen aus, ohne sich nur im Geringsten um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu scheren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall - vereinzelt Pfiffe)

Da betreibt Amazon seit Jahren eine Komplettverweigerung jeglicher Tarifbindung, ganz im Einklang mit der Unternehmensphilosophie: keine Rechte den Mitarbeitern. Da hat Helmut Schmidt recht, wenn er den Raubtierkapitalismus geißelt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Deshalb stehen wir solidarisch an eurer Seite, wenn ihr gemeinsam mit Gewerkschaften in Polen, in Tschechien, in Großbritannien und in den USA bei Amazon für anständige Löhne,

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015  
Rede des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann

Vertrags- und Arbeitsbedingungen kämpft, die ordentlich sind. Es passt doch perfekt ins Bild, dass Amazon als einer der US-amerikanischen so genannten Big Five der Internetökonomie auch die Online-Vermittlungsplattform Mechanical Turk betreibt.

In der schönen neuen Welt des Digitalen-Plattform-Kapitalismus erleben wir, wie die Zahl von Solo-Selbstständigen, die unter miserablen Bedingungen ohne Arbeitnehmerrechte, ohne soziale Absicherung arbeiten, ständig wächst. In der Welt der On-demand-Ökonomie, in der Amazon oder auch Uber zu Hause sind, wird der Arbeitnehmer zum reinen Auftragnehmer. Der Lohndrückerei werden damit Tür und Tor geöffnet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Mit dem Hinweis, dass sie ja keine Arbeitgeber seien, sondern nur zwischen Kunde und Dienstleister vermitteln, weisen viele Betreiber sogenannter digitaler Plattformen jegliche soziale Verantwortung von sich.

Vor wenigen Wochen hatte ich Gelegenheit, im Silicon Valley zu erfahren, dass Fahrer, die für Uber arbeiten, eine Sammelklage vor dem Federal District Court in San Francisco eingereicht haben, um festzustellen, dass es sich eben nicht um Gefälligkeiten in der gar nicht so schönen Share Economy handelt, sondern schlicht und ergreifend um Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen - Arbeit, die anständig entlohnt werden muss, für die Steuer- und Sozialversicherungsabgaben gezahlt werden müssen. Ihre Klage wurde - das ist gar nicht unbedingt üblich - Gott sei Dank vor dem kalifornischen Gericht angenommen. Gemeinsam sollten wir alles daran setzen, dass diese Praktiken sich erstens nicht ausbreiten und dass sie zweitens schnell wieder abgeschafft werden - in den USA, in Europa und bei uns in Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich glaube, wir müssen schon verdammt aufpassen, um zu verhindern, dass in der Tat so etwas wie ein neues digitales Prekariat aus Cloud-, Click- und Crowdworkern entsteht. Auch ihr bei ver.di seid da schon weit vorangeschritten. Eure Beratungsangebote auf [www.cloudworker-beratung.de](http://www.cloudworker-beratung.de) und [www.ich-bin-mehr-wert.de](http://www.ich-bin-mehr-wert.de) sind dafür ein praktisches, ein gutes Beispiel, wie ich finde.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die immer stärkere Bedeutung digitaler Technologien im Wirtschafts- und Arbeitsleben dafür genutzt wird, grenzenlose Flexibilisierung und Deregulierung durchzusetzen. Das, was die Kanzlerin heute gesagt hat, sollten wir ernst nehmen, um die Chancen, die in der Digitalisierung stecken, gemeinsam zu nutzen, damit es nicht zu einer weiteren Deregulierung der Arbeitswelt kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Was uns drohen würde, zeigt eine kürzlich erschienene Publikation der Arbeitgeber, die den wunderbaren Namen trägt „Chancen der Digitalisierung nutzen“. Gesetzliche Regelungen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit werden dort ebenso abgelehnt wie verbindliche Arbeits- und Gesundheitsstandards für Solo-Selbstständige oder für Cloudworker. Der Achtstundentag soll aus dem Weg geräumt werden, und in der Mitbestimmung wird nur noch eine lästige Verzögerungstaktik für Unternehmensentscheidungen gesehen. In der Summe lässt das BDA-Papier eine Grundhaltung erkennen, die die Be-



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015  
Rede des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann

beschäftigten und ihre Leistungen am Ende zur reinen Ware degradiert. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten und werden wir nicht zulassen. (Beifall)

Wir wissen aber - und gerade ihr wisst es -, dass jene Berufe, die einen besonders wertvollen Beitrag für unser gesellschaftliches Zusammenleben leisten, nach wie vor viel zu wenig, viel zu geringe Anerkennung erfahren. Nirgendwo wird dies deutlicher als bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen in den Sozial- und Erziehungsberufen. Und genau deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Durchsetzung anständiger Löhne, für die ihr euch mit eurem Kita-Streik einsetzt, weit mehr als nur eine tarifliche Auseinandersetzung. (Beifall) Es geht dabei auch um die Anerkennung des Werts der Arbeit in unserer Gesellschaft. Diese Auseinandersetzung ist von grundsätzlicher Natur für die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten, für die vielen Beschäftigten in den Pflegeberufen, aber auch an vielen, vielen anderen Stellen. Die Auseinandersetzung um den Wert von Arbeit in einer der reichsten Volkswirtschaften müssen und werden wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit allen acht Gewerkschaften unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes gemeinsam führen. (Beifall)

Wir wissen aber auch, dass das nicht mit einem Sprint zu erreichen sein wird, sondern wir brauchen dafür einen langen Atem. Es ist ein Marathon, den wir gemeinsam gewinnen müssen, den wir gemeinsam gewinnen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Selbstverständlich gehört dazu auch eine angemessene Anerkennung der Lebensleistung durch ein Rentenniveau, das sich eben nicht nur am Rande des Existenzminimums bewegt, sondern den Lebensstandard auch im Alter für alle sichert. (Beifall) Unser Rentensystem genügt diesen Anforderungen immer weniger. Wie kann es sein, dass es schon heute eine halbe Million älterer Menschen gibt, die zusätzlich zu Einkommen oder Rente auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sind? In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird diese Zahl deutlich steigen, weil immer mehr Menschen nicht mehr in der Lage sind, in unserem Rentensystem ausreichende Rentenansprüche zu erwerben. Wenn wir verhindern wollen, dass Altersarmut bei uns im Lande zu einer Massenerscheinung wird, müssen wir Wege finden, das Niveau der gesetzlichen Renten anzuheben oder zumindest zu stabilisieren, und die beste Medizin dafür ist gute Arbeit für alle in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir wissen aber auch, dass wir dafür dringend neue Finanzierungsmodelle brauchen, und der Vorschlag einer Erwerbstätigenrente, wie ihr ihn auf eurem Kongresse beraten werdet, geht aus meiner Sicht in die richtige Richtung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Rentenproblem werden wir nicht lösen, wenn wir nicht dauerhaft für sichere Beschäftigung und Wachstum am Wirtschaftsstandort Deutschland und in Europa sorgen. Mit dem sturen Festhalten der Bundesregierung an einer Haushaltspolitik der schwarzen Null wird uns diese nicht gelingen, und hier - das habt ihr gemerkt - gibt es deutlichen Widerspruch zu dem, was uns die Kanzlerin heute gesagt hat. Natürlich geht es auch uns um Generationengerechtigkeit. Aber ist es gerecht, wenn wir den nachfolgenden Generationen eine marode Infrastruktur hinterlassen? Wo wir auch hinschauen - ob bei Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen, Flüchtlingsheimen, bei den Verkehrswegen, bei den digitalen Datenautobahnen oder in der Energiever-

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015  
Rede des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann

sorgung: Der wachsende Investitionsbedarf an öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und soziale Einrichtungen zeigt sich an allen Ecken und Enden in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Allein für Energiewende, Bildung, den Erhalt und die Modernisierung der Infrastruktur, für bezahlbaren Wohnraum, den Ausbau des Breitbandinternetzugangs und kommunale Dienste brauchen wir jährlich nahezu 90 Milliarden Euro, um allein die Investitionslücke zu schließen. Unserem Staat fehlt aber die fiskalische Handlungsfähigkeit, um diesen Finanzierungsbedarf aus öffentlichen Mitteln auch decken zu können. Die verhängnisvolle Koppelung von Schuldenbremse und ideologischer Ablehnung von Steuererhöhungen für Vermögende und Superreiche führt dazu, dass Bund und Länder und vor allem Kommunen ihre Ausgaben ständig kürzen müssen.

Wer nun einer weiteren Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge oder öffentlich-privaten Partnerschaften das Wort redet, um diese gewaltigen Investitionslücken zu schließen, der befindet sich meiner Auffassung nach auf dem Holzweg. Denn sie sind selten besser, aber meistens teurer, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Deshalb muss die Bundesregierung - und mit ihr derzeit viele andere Regierungen in Europa - ihren Kurs zu den zentralen Themen wie „Erbchaftsteuer“ oder „Vermögensteuer“ ändern. Dieser Kurs führt in die Irre. Er sollte dringend korrigiert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wenn individueller Wohlstand nicht durch Leistung zustande kommt, sondern beispielsweise durch Erbschaft, dann sind Anreizstrukturen falsch gesetzt, dann ist der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft ernsthaft gefährdet, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen mehr Dynamik in den öffentlichen, mehr Dynamik in den privaten Investitionen, statt Reichtum durch Erbschaften zu speisen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Lasst mich zum Schluss kommen, aber lasst mich noch auf etwas hinweisen, was bereits mehrfach zu Recht zum Thema gemacht wurde, nämlich der Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und in Europa. Was mir dabei zurzeit zu kurz kommt - lasst mich dies durchaus erwähnen -, ist, dass viel zu wenig über die Ursachen der Flüchtlingsströme geredet wird. (Beifall) Flüchtlinge sind auch der Preis der globalen Wirtschaft und die Folge des Wirkens des globalen Kapitalismus. (Beifall) Denn auch darum geht es, wenn wir uns beispielsweise für einen fairen statt eines neoliberalen Welthandels stark machen. Das wird uns noch lange beschäftigen. Ich glaube, wir können der Bundeskanzlerin durchaus mit auf den Weg geben, was Franz schon gesagt hat. Wir sind nicht gegen Handel, wir sind gegen diese Art von Handel. Wir brauchen neue Leitplanken statt beispielsweise private Schiedsgerichte, die die Demokratie in unserem Land und in Europa außer Kraft zu setzen drohen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Aber zurück zur aktuellen Situation. Die ganze Tragweite der Flüchtlingsfrage zeigt sich uns - auch darauf wurde vorhin schon hingewiesen - auch darin, dass hier auf dem Gelände, direkt nebenan, eine Erstaufnahmeeinrichtung geschaffen wurde. Hier sind in erster Linie schnelles Handeln und eine Kultur des Willkommens gefragt. Das erwähnte Milliarden-Hilfsprogramm der Bundesregierung auf der einen Seite und der unglaubliche Einsatz zahlloser Menschen hier in Deutschland, darunter auch viele Gewerkschafterinnen und Ge-



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015  
Rede des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann

werkschafter, weisen in die richtige Richtung. Zugleich ist es aber eine Schande für Europa, wenn viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich ihrer humanitären Verantwortung entziehen, (Beifall) indem sie ihre Grenzen für Flüchtlinge schließen oder indem die Flüchtlinge menschenunwürdig behandelt werden. Bei einigen Regierungen sind nationaler Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit geradezu ungeschminkt festzustellen, statt gemeinsam nach vernünftigen Quotenregelungen auf europäischer Ebene zu suchen.

Wohin das führt, erleben wir fast täglich. Flüchtlingsunterkünfte werden in Brand gesetzt. Fremdenfeindliche Übergriffe gehören leider zur Tagesordnung, und der braune Sumpf breitet sich weiter und weiter aus. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen und werden wir nicht zulassen. (Beifall)

Um ein klares Zeichen gegen menschenverachtendes Verhalten zu setzen, brauchen wir endlich und dringend auch ein Verbot der NPD und aller neofaschistischen und rechtsextremen Gruppen in diesem Land. (Beifall) Kein Platz für Fremdenhass, kein Platz für Rassismus und Gewalt gegen Flüchtlinge, für ein weltoffenes Deutschland und ein demokratisches und soziales Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich danke euch und wünsche eurem Kongress einen erfolgreichen Verlauf. Stärke. Vielfalt. Zukunft. Zukunft der Arbeit geht nur gemeinsam mit guter Arbeit. In dem Sinne ein solidarisches Glückauf! (Beifall)